

Kurzinformationen

Anlässlich der Audienz für die Kardinäle und die Kurie am Vorabend des Festes Peter und Paul am 28. Juni gab Johannes Paul II. den traditionellen Rückblick auf das zurückliegende Jahr des Pontifikats. Im Unterschied zur Weihnachtsansprache an die Kurie, die dem Wirken „nach außen“ gewidmet ist, geht die Ansprache zum Apostelfest jeweils auf die Innendimension des kirchlichen Lebens ein. Der Papst hob hervor, daß sein Amt dem grundlegenden Heiligungsauftrag der Kirche diene. Er erwähnte seine Reisen als „Umsetzung des Petruscharismas im universalen Maßstab“; sie sollten die Lebendigkeit der Kirche stärken. Hauptanliegen sei ihm seit Beginn seines Pontifikates der *Ökumenismus*, der in diesem Jahr „besonders reich an vielversprechenden Ereignissen“ gewesen sei. Der „brennendste, ja tägliche Wunsch“ seines Herzens sei jedoch „der *missionarische Aufschwung* der Kirche“, für welchen seine Pilgerreisen „gleichsam das Symbol“ darstellten. Weiter zog der Papst Bilanz: nach der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit Anfang Oktober des vergangenen Jahres habe er die *Bischöfe* von 22 Ländern zum „ad-Limina“-Besuch empfangen. Die *Priester und Seminaristen* erinnerte er nochmals an das ihnen zum Gründonnerstag dieses Jahres gesandte Gebet, „das mir aus dem Herzen gekommen ist“. Den *Laien* wünschte er, daß sie sich der „Würde und Verantwortung und des vollen Vertrauens bewußt werden“, das ihnen die Kirche schenke, wenn sie sie dazu aufrufe, „den ihnen zustehenden Platz“ einzunehmen. „Ständiger Anreiz und verpflichtender Bezugspunkt“ seien ihm auch seine Beziehungen zur „Welt der *Kultur*“. Nochmals rechtfertigte der Papst seine Besuche in Großbritannien und Argentinien: Befürchtete „Gefahren“ gehörten in der Gegenwart „in die Optik vom universalen pastoralen Wirken des Papstes heute“. Er sei auch bereit, sich um der *Sache des Friedens* willen „unverzüglich in das gemarterte Land des Libanon“ zu begeben, wenn dies möglich wäre, „während ich an einer Linie des Gebetes und der inständigen Bitte für die ersehnte Lösung der Probleme festhalte“. „Ausdrücklich“ erwähnte der Papst schließlich noch seine Wertschätzung für die *Ordensleute* und Mitglieder der Säkularinstitute und schloß mit der Aufforderung, das „*Gespräch mit Maria*“ zu suchen sowie das „Wiederaufblühen der Marienfrömmigkeit“ zu pflegen. Vor allem im zurückliegenden Jahr habe er nach dem Attentat, das sich am Jahrestag der Marienerscheinung von Fatima ereignet habe, das Gespräch mit Maria nie unterbrochen. Ihr habe er das Geschick aller Völker anvertraut.

Am 30. Mai wurde die Papstbotschaft zum Weltmissionssonntag am 24. Oktober dieses Jahres veröffentlicht. Als Ausgangspunkt für seine Botschaft wählte Johannes Paul II. den 25. Jahrestag der von Pius XII. veröffentlichten Enzyklika „*Fidei donum*“. Zwar sei dieses Dokument in erster Linie für Afrika gedacht gewesen, es enthalte aber Weisungen, die für die Missionstätigkeit der Kirche in allen Erdteilen nach wie vor Gültigkeit hätten. Die Enzyklika „*Fidei donum*“ weise in erster Linie auf den Grundsatz der *Mitverantwortung der Bischöfe* für die Evangelisierung der Welt hin. Die besondere Sorge der Bischöfe sollte neben den eigenen Gemeinden deshalb den Missionsgebieten gelten. Dieses Prinzip werde verständlich, wenn man sich die Wechselbeziehung zwischen den Teilkirchen und der Universalkirche vor Augen halte. An den Bischöfen liege es, ihren Diözesen „einen entscheidenden missionarischen Ansporn“ zu geben und in den Gläubigen eine „katholische Gesinnung im vollen Sinn des Wortes“ zu entwickeln. Daneben bestehe eine zweite Aufgabe der Bischöfe darin,

daß sie Diözesanpriester in die Mission senden; denn „eines der drückendsten Probleme dieser Kirchen ist heute der besorgniserregende Mangel an Aposteln und Dienern des Evangeliums“. Der Papst ermuntert die Bischöfe in diesem Punkt „großherzig“ zu sein auch dann, „wenn ihre eigene Diözesen nicht Priester im Überfluß haben“. Zu wecken sei aber, so der dritte Punkt, auch das „*Missionsbewußtsein der Teilkirchen selbst*“. Die Grundidee, daß sich jede Ortskirche direkt für das Werk der Evangelisierung einsetzen müsse, so gut sie könne, habe sich immer wieder durchgesetzt und sei „vom Konzil weiterentwickelt und mit Nachdruck bekräftigt“ worden. Ausdrücklich warnt der Papst aber vor einer zu starken Eigenmotorik der jungen Kirchen: „Kein Sich-Abkapseln seitens der Teilkirchen, kein Sich-Absondern, kein egoistisches und ausschließliches Sich-Konzentrieren auf die eigenen Probleme!“ Der *neue Begriff der Missionshilfe* zeichne sich, so Johannes Paul II., dergestalt ab, daß ein „fruchtbarer gegenseitiger Austausch von Kräften und Gütern im Geiste brüderlicher Gemeinschaft zwischen den Kirchen“ der alten und der neuen Welt stattfinden solle.

Die 17. Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG) tagte vom 8. bis 11. Juli in Münster. Die über 200 Delegierten aus 44 Gemeinden waren vor allem zusammengekommen, um einen Brief von Bischof Friedrich Wetter (Speyer) vom 7. Juni zu beantworten. Darin hatte Wetter, in der *Deutschen Bischofskonferenz* zuständig für Studentenseelsorge, von der AGG bis zum 15. August Vorschläge gefordert, wie man die von den Bischöfen im Herbst 1981 festgestellte „*Reihe von Mißständen bei der AGG*“ zu beheben gedenke. Andernfalls könne nicht ausgeschlossen werden, „daß die Deutsche Bischofskonferenz die weitere Anerkennung der AGG und ihrer Satzung suspendiert“. Eine „*Gesprächsgruppe AGG*“, die auf Anregung der Kommission VIII „Wissenschaft und Kultur“ der Bischofskonferenz gegründet worden war und der Bischöfe, Hochschulreferenten, Studentenpfarrer und Studenten angehörten, hatte seit dem Februar in vier Sitzungen eine Klärung gesucht. Dabei sei es, wie in Münster verlautete, in einer „guten und sachlichen Gesprächsatmosphäre“ zu einer *grundsätzlichen Einigung* über das umstrittene Selbstverständnis der Studentengemeinden auf der Grundlage der Beschlüsse der Würzburger Synode gekommen. Hauptkritikpunkte an die Adresse der AGG sind ihr *Verständnis von Gemeinde und politischem Mandat* und die Stellung der *Studentenpfarrer* in der Delegiertenversammlung der AGG. Außerdem wurde die Mitsprache der Bischofskonferenz bei *Personalentscheidungen* und innerhalb der Sprechergruppe sowie Einflußnahme auf Entwicklung und *Ausrichtung der Bildungsarbeit* gefordert. In Münster betonten die Delegierten ihre Dialogbereitschaft mit den Bischöfen, indem sie die in den bisherigen Verhandlungen erzielten Ergebnisse als Grundlage für die weitere Arbeit der AGG bestätigten und das Angebot für weitere Gespräche aussprachen. Anerkannt wurde auch – allerdings, wie es in einer Presseerklärung der AGG heißt, „unter scharfem Protest am einseitigen und ultimativen Vorgehen der DBK“ – die Forderung der Bischöfe nach einer Besetzung freierwerdender Planstellen nur mit Genehmigung der bischöflichen Kommission VIII. Die erzielten und zu erzielenden Gesprächsergebnisse sollen auf der Delegiertenversammlung im nächsten Frühjahr einschließlich notwendig werdender Satzungsänderungen verhandelt werden.

Die diesjährigen Hohenheimer Medientage vom 23. bis 25. Juni standen unter der Titelfrage „Ethik und Kommunikation – Mehr Integration durch Neue Medien?“. In seiner Eröffnung betonte Prälat *Wilhelm Schätzler*, Bonn, die Funktion von Medien als Mittler und Vermittler; ihre Inhalte hätten der Integration in die Gesellschaft zu dienen. Prof. *Hans Bausch*, Intendant des SDR, wies auf die ‚Fernsehurteile‘ des Bundesverfassungsgerichts hin, die dem Rundfunk eine „integrierende Funktion für das Staatsganze“ zuschreiben. Derzeit sind rund 1,3 Mio Haushalte aus sozialen Gründen von den Rundfunkgebühren befreit; an einem Medienmarkt der Zukunft, geprägt von privat-kommerziellen Erwägungen, werden sie nicht teilhaben können – die Chancen der Integration werden sich verringern. Für ein Experiment mit den Neuen Medien sprach sich hingegen Prof. *Heinrich Oberreuter*, Passau, aus. Die Integrationsfähigkeit der Medien reiche nur so weit, wie ein gesellschaftlicher Minimalkonsens bestehe; eine Verbesserung der Kommunikationschancen des Einzelnen diene der Integration, dabei, so Prof. Oberreuter, könnten die Neuen Medien helfen. In der anschließenden Diskussion unterstrich man, daß auch bei veränderter Organisation der Rundfunklandschaft *Rechten* stets *Pflichten* korrespondieren müssen. Die Wirkung Neuer Medien auf die Familie untersuchte Prof. *Kurt Lüscher*, Konstanz: zwar sind schwerwiegende Auswirkungen der elektronischen Medien auf Individuen und soziale Strukturen nicht endgültig erkannt, doch sind Medienwirkungen nicht neutral, stehen in Wechselbeziehung zum jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld, was bei medienpolitischen Entscheidungen in Rechnung gestellt werden müsse; Auswirkungen auf die personale Kommunikation seien zu bedenken. In der Diskussion über politische Magazine verwies *Franz Alt*, SWF, darauf, daß der Auftrag des Journalisten ein bedingungsloser Einsatz für den Schwächeren sei; dieser ‚Integrationsjournalismus‘ könne nie konfliktfrei sein, auch wenn politische Sendung auf die Meinung des Zuschauers eher bestärkend als verändernd wirkten. Auf die Bedeutung der Kommunikation im menschlichen Zusammenleben ging Bischof *Georg Moser* bei seiner Ansprache anlässlich einer Meßfeier ein; Prof. *Gerfried Humold*, Tübingen, untersuchte im Schlußreferat die Integrationsfunktion der Medien als ethisches Problem.

Eine Delegation des Rates der EKD hielt sich vom 12. bis 25. Juni in der Sowjetunion auf. Die Reise galt der Begegnung mit der Russisch-orthodoxen Kirche und mit evangelischen Kirchen in der Sowjetunion. Die Delegation unter Leitung des Ratsvorsitzenden, Landesbischof *Eduard Lohse*, besuchte Moskau, Sargorsk, Kiew und Leningrad sowie Lettland und Litauen. Wie der Besuch einer Delegation bei amerikanischen Kirchen im vergangenen Jahr (vgl. HK, April 1981, 212) sollte auch die Begegnung mit der Kirche in der Sowjetunion vor allem der *gemeinsamen Sorge der Kirchen um den Frieden* Ausdruck geben. Bischof Lohse hob in Moskau hervor, Gespräche zwischen Kirchen in Ländern mit verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Systemen könnten in besonderer Weise das Verstehen zwischen den Völkern und das Werk der Versöhnung fördern. In einem Vortrag vor Professoren und Studenten der Geistlichen Akademie Sargorsk skizzierte der stellvertretende Ratsvorsitzende, Kirchenpräsident *Helmut Hild*, die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Fragen des Friedens anhand der im vergangenen Herbst vorgelegten Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“. Hild wies darauf hin, in der Bundesrepublik versuche die EKD sich gegen Tendenzen zu wenden, die Sowjetunion und den Warschauer Pakt als „Mächte der Finsternis“ hinzustellen. Gleichzeitig grenzte er sich gegenüber sowjetischen Thesen ab:

„Wir stimmen auch nicht zu, wenn dem westlichen Bündnisystem unterstellt wird, das Risiko eines nuklearen Krieges zur Wahrnehmung seiner Interessen bewußt in Kauf zu nehmen“. Bei einem Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des sowjetischen Friedenskomitees, *Pavel Naumov*, dem die Friedensdenkschrift überreicht wurde, unterstrichen die Vertreter der EKD, daß ungeachtet der wichtigen Funktion der Friedensbewegungen die Regierungen die Hauptverantwortung dafür trügen, daß auf dem Verhandlungswege Schritte zur Sicherung des Friedens möglich würden. Dem staatlichen Rat für religiöse Angelegenheiten übergab die Delegation eine von „Amnesty international“ zusammengestellte Liste mit Namen religiöser Gefangener in der UdSSR. In dem am 24. Juni in Moskau veröffentlichten Kommuniqué hieß es, in bezug auf die Beziehungen zwischen der evangelischen Kirche in Deutschland und der russisch-orthodoxen Kirche, die ständig in der Atmosphäre gegenseitigen Wohlwollens, der Offenheit und brüderlichen Achtung füreinander verliefen, hätten beide Seiten betont, „daß diese Kontakte der Vertiefung, der freundschaftlichen Verständigung zwischen den Völkern unserer beiden Länder helfen und zur Schaffung eines Klimas des Vertrauens und zum Frieden in Europa und in der ganzen Welt beitragen“. Beide Seiten hätten den Wunsch geäußert, alle Kirchen Europas aufzurufen, einen bestimmten Tag im Jahr für das Friedensgebet festzulegen.

Auf der Tagung der Generalsynode der Kirche von England Anfang Juli erreichten die Vorschläge für ein Kirchenbündnis („covenant“) mit drei Freikirchen nicht die erforderliche Mehrheit. Während sich die Häuser der Bischöfe und der Laien mit 77,5% und 68,4% für das Kirchenbündnis aussprachen, wurde mit 61,9% im „House of Clergy“ die notwendige Zweidrittelmehrheit verfehlt. Schon vor zehn Jahren hatte das negative Votum der Geistlichen einen Einigungsplan mit den Methodisten vereitelt. Um das Für und Wider der Vorschläge für den „Covenant“ mit den Methodisten, der Vereinigten Reformierten Kirche und der Herrnhuter Brüdergemeine war in der Kirche von England erbittert gestritten worden. Gegner des Zusammenschlusses befürchteten vor allem, die Kirche von England könne dabei zu viel von ihrer katholischen Substanz verlieren, obwohl die Vorschläge die Übernahme des Bischofsamtes durch die Freikirchen vorsahen. Auf einer Tagung der Generalsynode vor zwei Jahren hatten die Vorschläge in allen drei Häusern der Synode Zustimmung gefunden; damals ging es allerdings nur um die vorläufige Annahme. Die Vorschläge wurden dann an die Diözesansynoden weitergeleitet, von denen sich 36 (von insgesamt 44) für den Covenant aussprachen. Überraschend große Mehrheiten erhielten die Vorschläge auch durch die Synoden der methodistischen und der reformierten Kirche. In der Diskussion, die der entscheidenden Abstimmung der anglikanischen Generalsynode vorausging, hatte sich der Erzbischof von Canterbury, *Robert Runcie*, für die Annahme der Vorschläge ausgesprochen. Er wies darauf hin, daß Anglikaner und Angehörige der Freikirchen sich von den Slogans und Pamphleten der Vergangenheit gelöst und ein erneuertes und übereinstimmendes Verständnis der Kirche und ihres Amtes erreicht hätten. Gleichzeitig machte er aber deutlich, daß eine Annahme der Vorschläge Probleme für die nächsten Jahre schaffen werde. Für die Anglikaner zeigten sich jetzt die Folgelasten ihres Anspruchs, „via media“ zwischen Katholiken und Protestanten zu sein. – Die ersten Reaktionen der Freikirchen auf das negative Votum der Generalsynode waren von Enttäuschung gekennzeichnet. Alle, die sich um einen akzeptablen Weg auf der Suche nach Einheit bemüht hätten, seien enttäuscht worden, sagte *Kenneth Greet*, der Sekretär der Methodisten-Konferenz.

Die katholischen Bischöfe Chiles haben angesichts der hohen Arbeitslosenrate in dem südamerikanischen Land zu einem nationalen Beschäftigungsprogramm aufgerufen, wie es die Caritas der Erzdiözese Santiago schon seit geraumer Zeit durchzuführen versucht. Infolge des neoliberalistischen Wirtschaftskurses der chilenischen Regierung und sinkender Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt steckt das Land heute in einer tieferen Wirtschaftskrise als zu Beginn der Militärherrschaft vor neun Jahren. Nach Angaben der Bischöfe ist inzwischen jeder *fünfte* arbeitsfähige Chilene „ohne vergütete Arbeit“. Zahlreiche mittlere und auch größere Unternehmen haben trotz Massenentlassungen und Lohnkürzungen Konkurs anmelden müssen. In den letzten Wochen verfügte das Regime einige „korrigierende“ Maßnahmen, betonte jedoch, der liberale Wirtschaftskurs werde fortgesetzt. So wurden der seit 1979 gestützte Peso um 18 Prozent abgewertet und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst angekündigt. Wie in früheren Stellungnahmen vertraten die Bischöfe auch in ihrer *Erklärung vom 5. Juli* die Auffassung, daß die von der chilenischen

Regierung adaptierten neoliberalen Wirtschaftstheorien der Chicagoer Schule Milton Friedmans menschenfeindlich seien, da sie die Rolle des Arbeiters im Produktionsprozeß auf einen Faktor minderer Bedeutung degradieren. In der Erklärung heißt es wörtlich: „Die Arbeitslosigkeit trifft die menschliche Person nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern sie reduziert psychologisch die Lebensbedingungen des Arbeiters und die seiner Familie. Außerdem bewirkt sie Unsicherheit, Angst und Enttäuschung; sie schädigt das familiäre Zusammenleben und – auf längere Zeit gesehen – bringt sie den Arbeitslosen so aus dem Gleichgewicht seines Lebens, daß er zu einer schweren Belastung seiner Familie und die Gesellschaft wird.“ Die Bischöfe appellieren an den Staat „als Hauptverantwortlichen für das Gemeinwohl“, dem Recht der Chilenen auf Arbeit die Priorität einzuräumen, die ihm zukomme, anstatt das beunruhigende Phänomen hoher Arbeitslosigkeit insbesondere unter Jugendlichen zugunsten anderer wirtschaftlicher Erfolgsperspektiven „als kleineres Übel“ einfach hinzunehmen.

Bücher

WOLFGANG LIENEMANN. *Gewalt und Gewaltverzicht*. Studien zur abendländischen Vorgeschichte der gegenwärtigen Wahrnehmung von Gewalt. Chr. Kaiser Verlag, München 1982. 294 S. 35,- DM.

Angesichts des noch längst nicht ausgestandenen Streits in den christlichen Kirchen, welche Konsequenzen sich in der gegenwärtigen Weltausgangslage aus ihrem Friedensauftrag ergeben, kann der Blick in die Geschichte hilfreich sein. Zu dieser Geschichte gehören nicht nur die provozierenden Aufforderungen der Bergpredigt zur Feindesliebe und zum Gewaltverzicht, sondern auch die Auseinandersetzung des Christentums mit Gewalt und Gewaltlosigkeit in den vergangenen zweitausend Jahren. Wolfgang Lienemann möchte in seinem Buch, einer überarbeiteten Heidelberger theologischen Dissertation, „typische Beispiele christlicher Stellung zu Gewalt und Gewaltverzicht in ihrer möglichen Bedeutung für eine heute fällige Klärung analoger Problemstellungen“ (11) herausarbeiten. Er geht dabei chronologisch zu Werk: Ein erstes Kapitel gilt alttestamentlichen und neutestamentlichen Aussagen sowie der Stellung der Alten Kirche zur staatlichen Gewalt und zur Militärmacht vor und nach der Konstantinischen Wende. Im Mittelalterkapitel geht es u. a. um die päpstliche Gewalt, die Lehre vom „bellum iustum“ bei Thomas von Aquin, die Stellung zur Gewalt in den Armutsbewegungen und die Herausbildung des Instituts des Gottes- und Landfriedens. Natürlich kommt ein evangelischer Theologe nicht um die Frage nach Luthers Verständnis der staatlichen Gewalt auf dem Gesamthintergrund der Reformationszeit herum. Schließlich folgt ein Kapitel über Gewalt im neuzeitlichen Staat; Hobbes, Kant, Hegel und Marx passieren Revue. Es ist das Verdienst des Buchs, deutlich zu machen, wie sehr die Stellung der Kirche zur Gewalt in ihren verschiedenen Erscheinungsformen vom jeweiligen geschichtlichen Kontext geprägt wird, so daß auch die Ansätze zur Gewaltminderung und -einschränkung jeweils auf ihrem konkreten Hintergrund gewürdigt werden können. Gleichzeitig treten auch die unterschiedlichen Positionen ans Licht, die

innerhalb der Kirche in den verschiedenen Epochen zueinander in Spannung standen. Daß Lienemann zu dem Ergebnis kommt, die Brennpunkte der Gewalterfahrung hätten sich in der Neuzeit vom Religiösen zum Politisch-Ökonomischen verschoben, überrascht nicht. Es mindert zwar nicht den Wert der Einzeluntersuchungen, wohl aber den Ertrag des Buchs für die heutige Diskussion, daß die eigentlich interessante Frage, wie Christentum und Kirche mit der Spannung zwischen jesuanischem Auftrag und konkreten Gewaltverhältnissen fertig geworden ist, nicht nachdrücklich genug gestellt wird. Lienemann deutet zwar die Worte Jesu aus der Bergpredigt als „eine Frage an jeden, der glaubt: warum nicht auch ich?“ (67), und richtet damit einen kritischen Maßstab auf, verliert sich aber dann zu sehr in den einzelnen geschichtlichen Stationen. U. R.

ARNO KLÖNNE. *Jugend im Dritten Reich*. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Eugen Diederichs Verlag, Köln 1982. 312 S. 34,- DM.

In der wissenschaftlichen Aufarbeitung und Darstellung des Nationalsozialismus nimmt die Frage nach dem Leben junger Menschen im Hitlerstaat noch immer einen vergleichsweise geringen Raum ein. Zwar fehlt es – besonders im Sog des „Holocaust“-Films – nicht an literarischen Schilderungen und autobiographischen Aufzeichnungen zu diesem Thema. Doch leiden diese Beschreibungen zumeist darunter, daß sie die konkreten Rahmenbedingungen jugendlichen Lebens im NS-Staat nur unzureichend in den Gesamtzusammenhang des faschistischen Herrschaftssystems einbeziehen. Auf diesem Hintergrund gewinnt die Arbeit von Arno Klönne an Bedeutung. Der Paderborner Soziologe, dem Jahrgang nach selbst Angehöriger der HJ-„Volkssturm-Generation“ und in den 50er Jahren bereits mit Arbeiten über die Hitlerjugend hervorgetreten, versucht in einer wissenschaftlich sorgfältig erarbeiteten Gesamtsicht die vielfältigen Perspektiven jugendlicher Sozialisation im Nationalsozialismus